

Malte Fröhlich
im Auftrag der BI OFFENE HEIDE
Dorfstraße 45
39590 Tangermünde /OT Miltern

An den Vorbereitungskreis des
Anti-Kriegs-Camps in der Colbitz-Letzlinger Heide

Miltern, 09.05.2012

Liebe KriegsgegnerInnen und FriedensfreundInnen,

heute Abend fand das Arbeitstreffen unserer BI statt, zu dem Ihr/Sie eingeladen gewesen ward, jedoch kurzfristig absagtet.

Gern habe ich die Aufgabe übernommen, unsere Position zu beschreiben.

Bisher bin ich davon ausgegangen, dass das Camp durch uns unterstützt werden wird. Nun ist es für mich recht ungewöhnlich, dass der Aufruf zu einer gemeinsamen Aktion zunächst von einer Seite veröffentlicht und dann mit uns besprochen wird.

Nun zum Inhalt des Aufrufes:

Ausdrücklich gut gefallen mir die meisten Punkte der recht ausführlichen und tiefgreifenden Zustandsanalyse. Doch was ist dann geschehen? Ihr/Sie erklären dem Krieg den Krieg. Dies stärkt aus unserer Sicht all jene Kräfte, die im Kriege vorbereiten und führen geübt sind und schwächt unsere Position.

In unserer BI arbeiten Menschen zusammen, die sich zum Teil unter sehr hohen persönlichen Risiken für menschlichere Verhältnisse schon sehr lange eingesetzt haben und dies immer noch tun. In vielfältigen Zusammenhängen haben wir auch des öfteren auf Elemente des zivilen Ungehorsams zurückgegriffen und dabei Aktionsformen gewählt, die unsere Gesundheit und auch unser Leben durchaus gefährdeten. Dieses mit unter sehr hohe Risiko waren und sind wir bereit einzugehen, um uns verbrecherischen Entwicklungen in den Weg zu stellen. Nur haben wir immer sehr genau darauf geachtet, dass wir höchstens unsere Gesundheit und schlimmsten Falls unser Leben in die Waagschale legen, zu keinem Zeitpunkt sind wir jedoch bereit gewesen, die Gesundheit oder das Leben von anderen Personen zu gefährden.

Wir sind getragen und durchdrungen von dem gandhischen Grundsatz, dass ein angestrebtes Ziel niemals besser sein kann, als die zu seiner Erreichung gewählten Mittel.

Womit ich bei unserem nicht zu verhandelnden Fundament angelangt bin. Wir haben uns von Beginn an auf eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung verbindlich geeinigt. Dabei sehen wir im Gewaltverzicht keine Beschränkung sondern in der Gewaltfreiheit eine besondere Kraft, der wir die Überwindung von Krieg und Kriegsvorbereitung durchaus zutrauen.

Ich gehe davon aus, dass Ihr/Sie in dieser Einschätzung mit uns einig seid. Nur ist diese Grundhaltung in dem Aufruf zum Camp nicht erkennbar. Den letzten Teil verstehe ich als eine Einladung und Aufforderung zu gewaltsamen Aktionen, die auch das Verletzen von Menschen billigend in Kauf nehmen. Sollte dies auf ungewollte und damit fehlerhafte

Formulierungen zurückgehen, dürfte es kein Problem für Euch/Sie sein, dies unmissverständlich und sehr schnell zu berichtigen.

Diese komplette Überarbeitung des eigentlich aufrufenden Teils ist Grundvoraussetzung für eine tatsächliche Zusammenarbeit unserer BI mit der Camp-Vorbereitungsgruppe.

Auch der Aufruf zu Sabotage und Sachbeschädigung klingt für mich nach dem Prinzip, der Zweck heiligt die Mittel. Tut er aber tatsächlich niemals. Auch wir entschlossen uns schon zu Sachbeschädigungen innerhalb von Aktionen zivilen Ungehorsams. Uns war und ist jedoch dabei sehr wichtig, dass wir zu unseren Aktionen stehen, uns dazu bekennen, die darauf folgende juristische Auseinandersetzung bewusst öffentlich führen, um die Opfer der von uns beanstandeten Verbrechen sichtbar zu machen. Dazu ist jedoch unverzichtbar, dass wir bereit sind, die daraus entstehenden Strafen als Preis für Veränderungen auf uns zu nehmen. Mit verdeckten Sabotageakten hat dies nichts zu tun. Diese verdeckten Zerstörungen von Militärtechnik bedeuten zusätzliche Umsätze für Rüstungskonzerne. Diese Konzerne möchte ich als wesentliche Teile von Kriegsverbrechen verstanden wissen und öffentlich darstellen und nicht ihre Umsätze erhöhen.

Bereits in den 90iger Jahren versuchte die Magdeburger Staatsanwaltschaft gemeinsam mit dem Staatsschutz in einem aufwändig geführten Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder unserer BI einen möglichen Zusammenhang zu angeblich verübten Sabotageakten an militärischen Anlagen zu ermitteln. Die gleiche Staatsanwaltschaft duldet in ihrem Zuständigkeitsbereich seit 1999 schwerste Verbrechen, ohne dagegen zu ermitteln. Die Tatsache, dass seit spätestens 1999 die Bundeswehr verbotene Angriffskriege vorbereitet und führt und die Magdeburger Staatsanwaltschaft deswegen nicht ermittelt zeigt, dass rechtsstaatliche Strukturen bereits außer Funktion sind. Hier muss es unsere Aufgabe sein, diese Untätigkeit der Staatsanwaltschaften zu thematisieren und öffentlich zu machen. Jeder heimliche Sabotageakt lenkt den Blick von diesem Skandal ab und stärkt die Kräfte, die an einer weiteren Erosion von rechtsstaatlichen Strukturen interessiert sind. Damit würden wir also Rüstungskonzerne und politisch gebundene Strafvereitelung gleichermaßen stärken und der von Frau Merkel gewünschten „Marktkonformen Demokratie“ auf die Beine helfen. Dafür wird es von unserer Seite keine Akzeptanz oder gar Unterstützung geben.

Gern hätten wir dies vor Veröffentlichung mit Euch/Ihnen besprochen. Nun sind wir jedoch gezwungen, dies ebenfalls öffentlich zu tun.

Ausdrücklich möchte ich Euch/Sie ,auch im Auftrag des Arbeitstreffens, sehr gern zu einem ausführlichen Gespräch darüber einladen.

Ich wünsche mir sehr, dass Ihr/Sie den Ernst der Situation und unsere Entschlossenheit richtig einschätzt.

Mit friedlichen Grüßen

Malte Fröhlich